



**Philip Manow**

---

## **Eine Beobachtung der Beobachtung der Demokratie**

Zur Diagnose demokratischer Regression

In:

Julian Nida-Rümelin / Timo Greger / Andreas Oldenbourg (Hrsg.): Normative Konstituenzien der Demokratie. – ISBN: 978-3-11-111714-0. – Berlin/Boston: De Gruyter, 2024 (Forschungsberichte / Interdisziplinäre Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ; 45)  
S. 313-328

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-39828](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-39828)

---

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (cc by-nc-sa 4.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Philip Manow

# Eine Beobachtung der Beobachtung der Demokratie

Zur Diagnose demokratischer Regression

**Abstract:** The contribution offers a primarily methodological reflection on how we conceptualize and measure democracy, particularly focusing on how our concepts and measurements actually reflect current political conflicts (rather than simply helping us observe them). A special focus is put on the concept of a 'liberal democracy' as promoted by the new 'gold standard' in comparative democracy research, by the Varieties of Democracies-project (V-Dem). The contribution concludes that the concept of a 'liberal democracy', as conceptualized and operationalized by the V-Dem project, does not provide a reliable assessment of the severity of our current crisis or its causes.

## 1 Einleitung

Nach meinem Eindruck gibt es in der Demokratieforschung viel Reflexion über Demokratie, aber vergleichsweise wenig Selbstreflexion über Demokratieforschung und wie sie unentrinnbar in ihren Gegenstand verstrickt ist. Stattdessen dominieren – je länger, desto stärker – normative Abkürzungen, oftmals schlicht ein Rückfall von Politikwissenschaft in Demokratiewissenschaft im Sinne eines selbsterteilten polit-pädagogischen Auftrags der Disziplin, insbesondere in Auseinandersetzung mit ‚den Populisten‘ oder ‚dem Populismus‘ à la: „Wir müssen [dieser Entwicklung] entschlossen entgegentreten“ (Crouch 2021, 17; siehe Taguieff 1995). Der Rückfall auf Normativität schneidet gerade die kritische Einsicht in die Zeitgebundenheit der Debatte und der in ihr vorherrschenden Konzepte ab und steht damit in Gefahr, schon einmal erreichte Reflexionsniveaus zu unterbieten.

Das geht Hand in Hand mit dem Vorherrschen einer neuen methodischen Unbekümmertheit. Generell zeichnet die politikwissenschaftlichen Versuche zur Messung der Demokratie meines Erachtens ein, im Vergleich zu anderen Fächern (vgl. etwa Hacking 2004), Mangel an methodologisch-konzeptioneller Reflexion aus – insbesondere über die zeitliche, soziale, politische Bedingtheit der eigenen Perspektive inklusive ihrer Rückwirkeffekte auf die Politik, die man doch ‚nur‘ zu beobachten meint. Die neueren Messkonzepte haben offensichtlich keine Idee ihrer eigenen Ideengeschichte, und damit auch keine Vorstellung ihrer ‚Zeitgenossen-

schaft'. Ohne in diesem Beitrag die Möglichkeit zu haben, eine solche Ideengeschichte nachzuliefern, führt doch auch schon die im Folgenden vorgenommene Beschränkung auf eine konzeptionell-methodologische Kritik zu dem Schluss, dass insbesondere das Messkonzept einer ‚liberalen Demokratie‘ des zweifellos wichtigen und verdienstvollen Varieties-of-Democracy-Projektes mit zu vielen Problemen behaftet ist, um auf seiner Grundlage zu einer verlässlichen gegenwärtigen Krisendiagnose zu kommen.

Es scheint notwendig, die folgenden Ausführungen mit einem vorgängigen *disclaimer* zu verbinden: Ich will nicht grundsätzlich eine gegenwärtige Krise der Demokratie in Abrede stellen, auch wenn viele der ‚end of democracy‘-Befunde übertrieben oder zumindest zu undifferenziert erscheinen (vgl. Manow 2020; Przeworski 2019). Eine Kritik an der heute gängigen kritischen Betrachtung der Demokratie bedeutet nicht notwendigerweise, den aktuellen Zustand der Demokratie für unkritisch zu halten. Wo aber die gegenwärtigen Probleme liegen und welches Ausmaß sie haben, scheint mit den in der Debatte vorherrschenden Konzepten nicht erfasst werden zu können.

## 2 Demokratie – Krisenbefunde, Krisendiskurse

Der Ausgangsbefund ist hinlänglich bekannt, bedarf eigentlich keiner weiteren Erläuterung. Die Demokratie ist in der Krise. Das zumindest ist herrschende Meinung. Es scheint müßig, die einschlägigen Diagnosen erneut detailliert in Erinnerung zu bringen. Die Befunde lauten: Demokratien sterben (Levitsky/Ziblatt 2018), sie enden (vgl. Runciman 2018), wir leben sowieso schon seit Längerem in postdemokratischen Zeiten (vgl. Crouch 2008; 2021), die Autokratie ist auf dem Vormarsch, die Demokratie auf dem Rückmarsch: „democratic backsliding“, „democratic regression“ (vgl. Schäfer/Zürn 2021) oder „democratic recession“ (vgl. Diamond 2015), „democracy in retreat“ (vgl. Freedom House 2019), „democracy under siege“ (vgl. Freedom House 2021), „autocracy surges“ (vgl. V-Dem Institute 2020), „autocracy turns viral“ (vgl. V-Dem Institute 2021). Und so weiter und so fort.

Diese Befunde haben *prima facie* eine hohe Plausibilität für sich. Man würde sich sehr schwer tun, grundsätzlich bestreiten zu wollen, dass wir in politisch unruhigen Zeiten leben, die vom Aufstieg autoritärer Führerfiguren geprägt sind: Trump, Erdogan, Putin, Modi, Duterte, Bolsonaro, Orban, Maduro/Chavez ... und vom Aufstieg populistischer Parteien und des Populismus als neuem dominanten Politikstil (vgl. Kaltwasser et al. 2017; Mudde/Kaltwasser 2017; Müller 2017). Die US-amerikanische Debatte war seit 2016 dominiert von der Frage, ob die Wahl Trumps ins Präsidentenamt denn nun eigentlich der Beginn eines Abgleitens des Landes in den Faschismus, in die Diktatur sei. Dass in der Wiederaufnahme von Sinclair Le-

wis' Zwischenkriegszeit-Dystopie *It Can't Happen Here* (1935) über die gesamte Amtszeit Trumps hinweg die Frage in der ältesten Demokratie der Welt lautete: „can it happen here?“ (vgl. Sunstein 2018), und diese Frage fast durchweg bejaht wurde, zeigt das Ausmaß der inneren Erschütterung an. Durch die Ereignisse des 6. Januars 2021 (und durch ihr ‚stop the steal‘-Vorspiel) konnten sich dann auch jene vollauf bestätigt sehen, die für eine Wahlniederlage Trumps vorhergesagt hatten, dass es zu keinem friedlichen Amtswechsel kommen würde.

Aber die gängigen Aufzählungen, mit denen die bekannten Krisendiagnosen regelmäßig einsetzen: Trump, Brexit, Putin, Bolsonaro usw. stellen schon für sich ein methodisches Problem dar, das darin besteht, auf – wie es im Fachjargon heißt – ‚der abhängigen Variablen zu sampeln‘.<sup>1</sup> Die Literatur schaut auf die Krisenepisoden der Demokratie und lässt ihre Analyse von dort beginnen. Das ist ein völlig naheliegendes Vorgehen, aber eines, dessen methodische Unzulässigkeit bekannt sein sollte. Gleichwohl folgt ein auch in den öffentlichen Debatten sehr einflussreiches Buch diesem Muster (Levitsky/Ziblatt 2018), und auf eine Betrachtung der Krisenepisoden der Demokratie beschränkt sich auch David Runciman (2015).<sup>2</sup> Ein prominenter neuerer Beitrag zur einschlägigen Debatte bekennt sich gar ganz explizit zur fehlerhaften Methode: „Our methodological approach selects on the dependent variable, considering these backsliding cases as our sample“ (Haggard/Kaufman 2021, 12).

Aber in der Rückschau zeigt sich zunächst, dass Krisendiagnosen schon immer Begleiter der Demokratie waren. Bereits 1965 seufzte der Politikwissenschaftler C. B. Macpherson: „Wir sind es überdrüssig zu hören, dass die Demokratie in der Krise ist“ (Macpherson 1965, 2) – und das war zu einem Zeitpunkt, als sie in der sogenannten zweiten Welle der Demokratisierung gerade große Ausgreifbewegungen machte. Der Bericht der Trilateralen Kommission von 1975 („Die Krise der Demokratie“, vgl. Crozier/Huntington/Watanuki 1975), die Diagnose des französischen Philosophen Jean-François Revel in den frühen 1980er Jahren („Wie die Demokratie verschwindet“, vgl. Revel 1983), gut zehn Jahre später der Befund des französischen Politikwissenschaftlers und Diplomaten Jean Marie Guéhenno vom „La fin de la démocratie“ (vgl.

---

1 Abgesehen davon, dass sie Heterogenes versammeln: Der Brexit, auch wenn das einige gerne so darstellen wollen, zeigt kein Ende der Demokratie an. Im Lichte des bekannten demokratischen Defizits der Europäischen Union ließe sich vielmehr das Argument machen, dass er eher die Demokratie befördert hat, vgl. Tuck (2020).

2 Es gibt natürlich auch skeptische Stimmen: „Observers are overly impressed and scared by the relatively few cases of undemocratic involution. They pay insufficient attention to the many more instances when populist efforts to undermine democracy were blocked; after all, non-cases are by nature less prominent“ (Weyland 2020). Siehe auch Brownlee/Miao (2022); Little/Meng (2023). Als früher Beitrag Levitsky/Way (2015).

Guéhenno 1998), schließlich Colin Crouchs These von der „Postdemokratie“ in den frühen 2000ern – noch jedes Nachkriegsjahrzehnt scheint seine besondere Demokratiekrise oder auch nur seine spezifische Krisendebatte durchlebt zu haben. Und das über einen Zeitraum hinweg, in dem sich die Demokratie empirisch wie normativ als Modell politischer Herrschaft beständig weiter durchsetzte.

Zugegeben, als Harold Laski in den 1930er Jahren seine Weil-Lectures unter den Titel „Die Demokratie in der Krise“ stellte (vgl. Laski 1933), sollte er auf tragische Weise recht behalten. Bezüglich der Vorhersagekraft der jeweiligen Krisendiagnosen muss aber zum einen angemerkt werden: Wenn permanent irgendjemand Krise schreit, wird das noch nicht dadurch zu einer präzisen Prognose, dass sie dann mitunter auch tatsächlich eintritt. Wenn Marxisten, wie es in einem bekannten Witz heißt, zwölf der letzten drei Weltwirtschaftskrisen völlig korrekt vorhergesagt haben, macht das den Marxismus noch nicht zu einer präzisen Wissenschaft. Zudem hatte Laski seinen düsteren Ausblick in den frühen 1930er Jahren genau auf die Analyse jener zwei Länder gestützt, die dann für das Überleben der Demokratie im 20. Jahrhundert von zentraler Bedeutung werden sollten: die USA und das Vereinigte Königreich. Insofern erscheint die Frage durchaus berechtigt, inwieweit sich auch die gegenwärtige Debatte zumindest in Teilen einem Hang der Gegenwart zur Selbstdramatisierung verdankt. Daraus ergibt sich der Bedarf nach einer methodisch kontrollierteren Betrachtung von Demokratie, eine, die nicht nur auf die besonders sichtbaren negativen Fälle blickt. Hier kommt die systematische Messung von Demokratie ins Spiel. Die aber scheint ja die anekdotischen Belege im Wesentlichen zu stützen (s. o.). Wo also, könnte man fragen, liegt das Problem?

Inhaltlich stimmen die verschiedenen Beiträge unter anderem darin überein, eine zentrale Herausforderung der Demokratie darin zu sehen, dass der Demokratie nunmehr Gefahr vor allem von der Demokratie selber drohe: „While liberal democracy in the early 1990s may have appeared a climax, if not the end of history, it is now widely perceived as being in the grip of a *crisis from within*. It is *through elections*, the process most closely associated with the democratic system, that the danger most often arises“ (Stiegler/Pébarthe 2023, 124, meine Hervorhebungen). Demokratien sterben (Levitsky/Ziblatt 2018), aber sie werden nicht getötet, sondern begehen Selbstmord. An dieser Diagnose eines ‚suicide of democracy‘ lässt sich allerdings schon ersehen, wie sehr die gegenwärtige Debatte auf eine ‚populistische Konstellation‘ reagiert und von ihr geprägt wird. Das führt dann zu erstaunlichen Ursache-Wirkungs-Vertauschungen. Die Demokratie, so die Vorschläge, ließe sich doch durch die Abschwächung ihrer elektoralen Elemente retten, entweder durch die Einschränkung des Wahlrechts (vgl. Brennan 2017), oder durch die Abwertung von Wahlen und die Aufwertung deliberativer Elemente (vgl. Reybrouck 2017), oder überhaupt durch den Schutz, den nicht-demokratische Institutionen der Demo-

kratie gegenüber dem Demos gewähren würden (vgl. Crouch 2021).<sup>3</sup> Da wird das bekannte Demokratiedefizit der EU dann unter der Hand zum demokratischen Vorteil. Das Motto lautet: Mehr Demokratie durch weniger Demokratie, vielleicht ja auch nur ein wenig weniger (vgl. Jones 2020). Auch wird man sich entscheiden müssen, ob man nun einerseits die Verlagerung eines immer größeren Bereichs politischer Entscheidungen in die Verfügungsgewalt nicht-majoritärer, also nicht gewählter und nach dem Mehrheitsprinzip besetzter Institutionen, wie beispielsweise von Verfassungsgerichten (vgl. Schäfer/Zürn 2021, 18), für einen demokratisch problematischen Vorgang hält, *oder* Versuche von politischen Mehrheiten, die gewachsene Macht solcher non-majoritärer Institutionen zurück zu schneiden, grundsätzlich als Angriff auf die Demokratie werten will (vgl. etwa Schäfer/Zürn 2021, 172–173). Für beide Positionen gibt es gute Argumente, man kann sie aber schwerlich beide zugleich vertreten.<sup>4</sup>

### 3 Die Messung des demokratischen Rückschritts

Methodisch werden aus einer solchen Krisendeutung Konsequenzen gezogen für die Art und Weise, *wie* wir Demokratie und ihre Bedrohung messen, die in eine ähnliche Richtung weisen, nämlich die tendenziell die elektoralen Elemente der Demokratie gegen ihre liberal-konstitutionellen ausspielen (hierzu nun insbesondere auch Streeck 2021). Das lässt vermuten, dass die Messkonzepte nicht unabhängig von der spezifischen Krisendiagnose und der generelleren Debattenlage sind. Pointiert formuliert: Unsere Messungen der Demokratie sind von unserer Krisenwahrnehmung nicht unabhängig. Wir diagnostizieren eine Krise der De-

---

3 „Another lesson, which I had not appreciated when I wrote my 2001 book, is the importance of those institutions of the state, which are themselves not democratic, but which protect us from abuse of democracy by leaders claiming that the fact of their election entitles them to act as they please: law courts, independent central banks, independent information and statistical services, various audit and surveillance agencies“ (Crouch 2023, 119–120). Für einen sich selbst dezidiert links positionierenden *public intellectual* liegt jetzt also der Schlüssel zur Rettung der Demokratie in der Zentralbankunabhängigkeit! Und Crouch möchte daher offenkundig genau jene Institutionen gestärkt sehen, die Schäfer und Zürn (2021) – aus meiner Sicht völlig zutreffend – als Teil des Problems identifiziert haben.

4 Es ist auch nicht ganz klar, worauf sich Argumente stützen, die einen kategorialen Unterschied machen wollen zwischen politischen Systemen ohne verfassungsrechtliche Normenkontrolle und politischen Systemen, in denen politisch versucht wird, ein hohes Ausmaß bestehender verfassungsrechtlicher Normenkontrolle zu verringern. Für eine etwaige lock-in-Regel, der zufolge keine aus dem im engeren Sinne politischen Bereich ausgelagerten Entscheidungsbereiche jemals wieder in ihn zurückverlagert werden dürften, kann ich keine überzeugende Begründung ersehen.

mokratie mithilfe von Konzeptionen der Demokratie, die Ausdruck unserer Krisenwahrnehmung sind (siehe hierzu generell Hacking 1990; 1995; 2002 [1986]). In diesem Zusammenhang ist es nicht überraschend, dass „a narrative of democratic decline emerged even before there was any evidence in the data“ (Little/Meng 2023, 7). Damit aber ist die Messung der Demokratie in spezifischer Weise gegenwartsgeprägt, ohne dass sich – soweit ich sehe – hierüber systematisch Rechenschaft abgelegt würde. Das Problem verschärft sich in dem Maße, in dem in der Demokratiemessung subjektive über objektive Konzepte die Überhand gewinnen (s. u.) (Little/Meng 2023).

Wie genau schlägt sich die neue Krisendiagnose auf die Messkonzepte nieder? In der Politikwissenschaft gab es zuvor die institutionalisierte Messung von Demokratie etwa durch stiftungsähnliche Organisationen wie Freedom House<sup>5</sup> oder durch Forschungszusammenhänge wie das Polity Project,<sup>6</sup> seit neuerem auch als Betätigungsfeld kommerzieller Anbieter (Economist Intelligence Unit [EIU] (2022), Latana/Alliance of Democracy). Deren Messungen waren bzw. sind meist kategorialer, hoch-aggregierter Natur und unterscheiden bspw. zwischen ‚freien‘, ‚teilweise freien‘ und ‚unfreien‘ Ländern (Freedom House), oder aber zwischen ‚Demokratien‘, ‚Anokratien‘ und ‚Autokratien‘ (Polity).<sup>7</sup> Der Verlauf der betreffenden Indizes fügt sich nur eingeschränkt einer dramatischen Diagnose vom Ende beziehungsweise von der Krise der Demokratie. Demgegenüber werden im Lichte neuerer Entwicklung neue, sehr viel differenziertere Konzeptualisierungen entwickelt, etwa von dem großen, enorm verdienstvollen Verbundprojekt Varieties of Democracy (vgl. Coppedge et al. 2020), oder im Kontext der Populismus-Forschung (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017). Die dort jeweils vorgeschlagenen neuen Konzeptionen politischer Regime und der Übergänge zwischen ihnen ähneln sich stark – was man bereits als Hinweis auf ihre spezifische Zeitgenossenschaft lesen sollte (vgl. Abb. 1 und 2).

Diese Konzepte ähneln sich insbesondere darin, dass sie hybride Regimeformen, die elektorale Autokratie und die elektorale Demokratie, besonders berücksichtigen; letztere als Schwundform ‚echter‘, voller, liberaler Demokratie. Sie teilen ebenfalls ein problematisches Entwicklungsschema von reif/unreif, basal/vollentwickelt (vgl. Wolkenstein 2022), mit der korrespondierenden Vorstellung einer Fortentwicklung oder eines Rückschritts der Demokratie (*backsliding*). Insbesondere fällt auf, dass eine Gefährdung der Demokratie durch ein *zuviel* an liberalem Konstitutionalismus hier konzeptionell von vornherein ausgeschlossen bleibt – obwohl genau ein solcher liberaler ‚overstretch‘ doch eine häufig diagnostizierte

<sup>5</sup> <https://freedomhouse.org> (zuletzt abgerufen am 21. April 2023).

<sup>6</sup> <https://www.systemicpeace.org> (zuletzt abgerufen am 21. April 2023).

<sup>7</sup> Oder zwischen ‚full democracies‘, ‚flawed democracies‘, ‚hybrid‘ sowie ‚authoritarian regimes‘ (EIU).



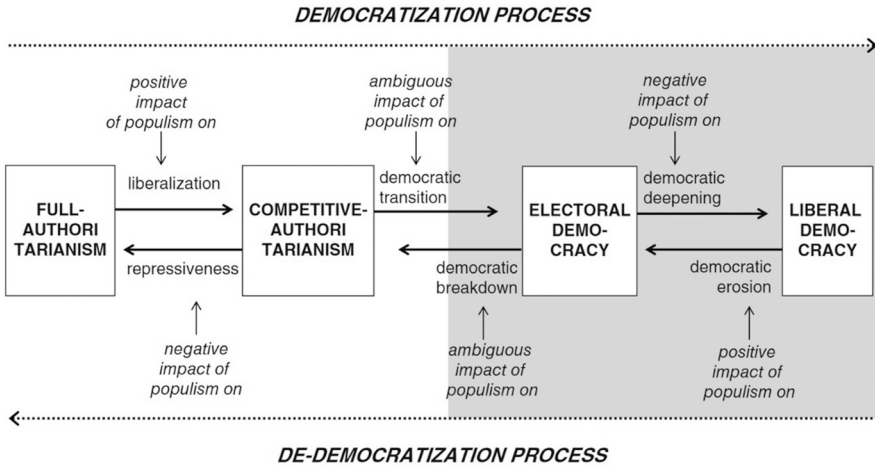


Abb. 1: Demokratietypen und Übergänge zwischen ihnen, nach Mudde/Kaltwasser 2017, 87

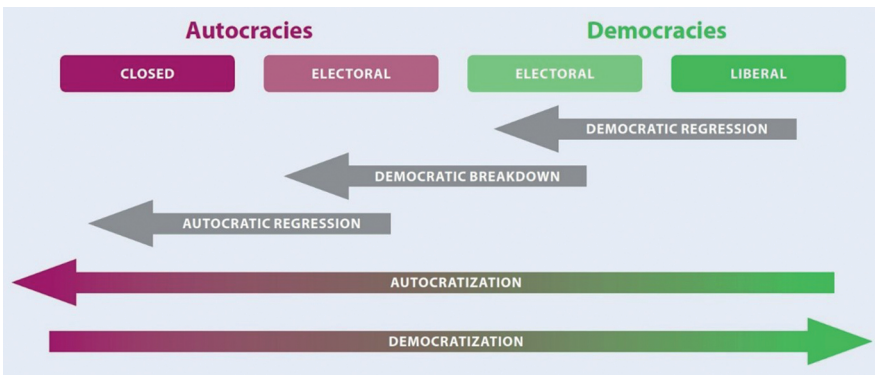


Abb. 2: Demokratietypen und Übergänge zwischen ihnen, nach V-Dem Institute 2020, 11

Ursache für die gegenwärtige Krise der Demokratie darstellt (vgl. etwa Brown 2015; Mor 2019; Schäfer/Zürn 2021). Das Argument für die in diesen Konzepten implizite Annahme, dass mehr ‚checks and balances‘ immer und überall zu einer besseren Demokratie führen, dürfte allerdings schwer zu führen sein.

Die neuen Konzeptualisierungen von Demokratie und Prozessen der Pro- und Regression bieten also eine Präzisierung gegenüber vorhergehenden Kategorisierungen: Die Zwischenstufen werden jetzt genauer in den Blick genommen, insbesondere auch vor dem Hintergrund einer Unterscheidung, die selbst auf das populistische Phänomen abstellt, nämlich dass Populisten grundlegende Prinzipien der Demokratie wie Mehrheitsprinzip und freie Wahlen akzeptieren (also die



elektorale Dimension), aber häufig zusätzliche liberal-konstitutionelle Elemente, etwa die starke Einschränkungen politischer Handlungsspielräume durch strikte verfassungsrechtlichen Kontrollen oder internationale Verträge oder suprastaatliche Instanzen, ablehnen und dann auch aktiv bekämpfen (vgl. Mudde 2015; 2018; Mudde/Kaltwasser 2017). Damit aber stehen diese Konzepte in der Mitte eines politischen Konflikts, in dem sie selbst allerdings schon bereits eine Position zum Ausdruck bringen.

## 4 Liberale Demokratie als Messkonstrukt

Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Demokratiekonzeptionen ist es vielleicht nicht sonderlich überraschend, dass insbesondere in dem nicht ganz klaren Übergangsbereich von ‚electoral autocracies‘ und ‚electoral democracies‘ die Hauptbewegungen gegenwärtiger Entwicklungen zu beobachten sind (vgl. V-Dem Institute 2020). Wie aber misst man die Unterschiede zwischen ‚elektoralen Autokratien‘ und ‚elektoralen Demokratien‘ – insbesondere auch in der Abgrenzung zur vollentwickelten, kompletten, sozusagen reifen ‚liberalen‘ Demokratie? Wie misst man ein anspruchsvolles Konzept der Demokratie, das nicht allein bzw. immer weniger auf Wahlen abstellt, sondern zudem die Gewaltenteilung, das Ausmaß individueller Schutzrechte, die Unabhängigkeit der Justiz, die deliberative Qualität öffentlicher Kontroversen und weitere Dimensionen der Demokratie in Rechnung stellen möchte?

In Bezug auf das Varieties-of-Democracy-Projekt und dessen *liberal democracy index*,<sup>8</sup> auf den ich mich im Folgenden konzentriere, insbesondere weil er sich zu einem zentralen Referenzpunkt der Debatte entwickelt hat, würde die Antwort lauten – man misst das folgendermaßen (vgl. Coppedge et al. 2020):

$$v2X\_LIBDEM = .25 * v2X\_POLYARCHY^{1.585} + .25 * v2X\_LIBERAL + .5 * v2X\_POLYARCHY^{1.585} * v2X\_LIBERAL$$

Und das gliedert sich auf in einerseits:

$$v2X\_POLYARCHY = .5 * (v2X\_ELECOFF * v2XEL\_FREFAIR * v2X\_FRASSOC\_THICK * v2X\_SUFFR * v2X\_FREE\_ALTINF) + .5 * (1/8 v2X\_ELECOFF + 1/4 v2XEL\_FREFAIR + 1/4 v2X\_FRASSOC\_THICK + 1/8 v2X\_SUFFR + 1/4 v2X\_FREE\_ALTINF)$$

<sup>8</sup> Auch in der Selbstwahrnehmung der Projektbeteiligten liegt in dieser Index-Bildung ein ganz wesentlicher Beitrag des V-Dem-Projekts: „This measure is among the most sophisticated measures that V-Dem offer“ (Coppedge et al. 2020, 13), oder: „the LDI, which is an original index from V-Dem and one of its most nuanced products“ (Coppedge et al. 2020, 14).

und andererseits in:

$$V2X\_LIBERAL = V2XCL\_ROL * V2X\_JUCON * V2XLG\_LEGCON * (V2LGBICAM)$$

Ohne in die Details der Variablen und ihre Gewichtung eingehen zu können, ist klar, dass bei einem solchen Konzept neben basalen ‚Grundkonstituenzien‘ der Demokratie wie freien Wahlen (EL\_FREFAIR), der durch Wahlen zu erfolgenden Besetzung zentraler Ämter der Exekutive (ELECOFF), der Vereinigungs- (FRASSOC) und Meinungsfreiheit (FREE\_ALTINF) sowie des allgemeinen Wahlrechts (SUFFR) institutionelle und normative Zusatzanforderungen gestellt werden, wenn man eine ‚liberale‘ von einer nur ‚elektoralen‘ Demokratie unterscheiden möchte, insbesondere Rechtsstaatlichkeit (ROL), die Kontrolle bzw. wörtlich die Begrenzungen („constraints“) der Exekutive durch die Judikative (JUCON) oder durch die Legislative (LEGCON).<sup>9</sup> So berechtigt ein solcher ‚erweiterter Demokratiebegriff‘ auch erscheinen mag, der jenseits des rein prozeduralen Wahlverfahrens nach der institutionellen (und möglicherweise auch idealen) Integrität der Demokratie fragt, so komplex stellt sich natürlich die Messung von abstrakten Konzepten wie ‚free expression‘ oder ‚judicial constraints‘ dar. Wie werden nun aber solche hochkomplexen und hochabstrakten Konzepte gemessen? Durch Experten, die entsprechende Items – zunehmend nach subjektiver Einschätzung – kodieren.

Ich will kurz und ohne Anspruch auf Vollständigkeit auf einige grundsätzliche Probleme einer solchen Operationalisierung hinweisen. Zusammengefasst führen sie mich zu dem Schluss, dass der *liberal democracy index* von V-Dem keine geeignete Grundlage für die Beurteilung des Zustands auch nur der liberalen Demokratie bietet. Ich spare dabei eine ausführliche Diskussion der Problematik eines ‚Expertensurveys‘ aus, als einer Hybridform zwischen Umfrage und Messung, durchgeführt in einem maximal unrepräsentativen Sample, nämlich als einer Umfrage vornehmlich unter Politikwissenschaftlern und Politikwissenschaftlerinnen. Das heißt aber nicht, dass nicht auch hier eine ganz grundsätzliche Problematik vorherrschender Formen der Demokratiemessung liegt. Eine neuere Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass die gegenwärtig ubiquitären Krisendiagnosen, insofern sie sich auf systematische Messung – und nicht einfach nur impressionistische Evidenz – berufen, vermutlich der Dominanz subjektiver Items in den

---

9 V-Dem führt dazu aus: „The liberal principle of democracy emphasizes the importance of protecting individual and minority rights against the tyranny of the state and the tyranny of the majority. The liberal model takes a ‚negative‘ view of political power insofar as it judges the quality of democracy by the limits placed on government. This is achieved by constitutionally protected civil liberties, strong rule of law, an independent judiciary, and effective checks and balances that, together, limit the exercise of executive power“ (Coppedge et al. 2021, 44).

Demokratiekonzepten insbesondere von V-Dem geschuldet sind, die sich dann für ubiquitäre Krisendiagnosen besonders empfänglich zeigen: „recent declines in average democracy scores are driven by changes in coder bias“ (Little/Meng 2023, 1), während eine größere Zahl von objektiv-messbaren Demokratie-Indikatoren bislang keine Belege für eine grundsätzliche Krise der Demokratie liefert. In dieser Hinsicht fassen die Autoren ihren Befund zusammen: „On the whole, we find little evidence of backsliding on these [objective; PM] variables over the past decade. Instead, the global pattern seems to be one of democratic stability, rather than decline“ (Little/Meng 2023, 2).<sup>10</sup>

Ebenfalls gehe ich nicht näher darauf ein, dass die Demokratie-Indizes des Varieties-of-Democracy-Projektes nicht die höheren Weihen eines durch Expertise tausendfach bestätigten Messkonzepts beanspruchen können, obgleich genau dieser Eindruck in der Außendarstellung des Projekts genährt wird, wenn Experten und Expertinnen nicht mehr tun als bestimmte Kategorien innerhalb vorgegebener Konzepte – oftmals nach ihrem subjektiven Dafürhalten<sup>11</sup> – zu kodieren.

Zusätzlich zu diesen kritischen Punkten, die die Praxis der Datenerhebung betreffen, lassen sich auf der konzeptionellen Ebene folgende Punkte – in gebotener Kürze – kritisch anmerken:

Umstrittene Fragen wie bspw. die, ob die starke verfassungsrechtliche (europarechtliche) Kontrolle einer nationalen Regierung ein essenzielles Element des theoretischen Konstrukts ‚Demokratie‘ ist (oder ihr nicht sogar möglicherweise entgegensteht; vgl. Hirschl 2007; Waldron 2006), lassen sich nicht durch Messungen klären, die auf Konzepten beruhen, die diese Frage für sich immer schon auf eine bestimmte Weise entschieden haben.<sup>12</sup>

---

**10** Die objektiven, vergleichsweise leicht messbaren Indikatoren, auf die sich Meng und Little beziehen, betreffen „de facto and de jure electoral competitiveness, executive constraints, and media freedom“ (2023, 3). Hierunter fallen die Häufigkeit, mit der Wahlen zu einem Machtwechsel führen, die Anzahl an konstitutionellen Beschränkungen und die Häufigkeit von Versuchen, sie zu umgehen (wie etwa ‚term-limits‘ in präsidentiellen Systemen), die Anzahl der getöteten oder inhaftierten Journalisten. Für einen einzigen der betrachteten Indikatoren können die Autoren über die letzten 40 Jahre eine Verschlechterung feststellen (Zahl inhaftierter Journalisten), für einige hingegen eine Verbesserung, ansonsten Stabilität. Der gleiche nicht-alarmistische Befund ergibt sich, wenn man repräsentative Bevölkerungsumfragen konsultiert (Wuttke/Gavras/Schoen 2022), statt auf die Kodierung subjektiver Items in unrepräsentativen Expertenbefragungen zu vertrauen.

**11** „If country experts get some of their information from common media sources which have time-varying bias, this can generate patterns which look exactly like a change in how democratic the country is, even if ‚true‘ levels of democracy remain consistent“ (Little/Meng 2023, 4).

**12** Dabei hat die Konstitutionalisierung politischer Konflikte, beziehungsweise haben die politischen Konsequenzen einer konstitutionalisierten Demokratie, auch eine über die europäische Integration hinausgehende Relevanz. Das Verbotsverfahren gegen die AKP vor dem türkischen Verfassungsgericht wertet Dimitar Bechev (2022) als die Initialzündung für Erdogans Strategie zur

Zudem ist festzustellen, dass das verwendete Demokratie-Konzept Demokratie weiterhin als im Wesentlichen nationalstaatliche Veranstaltung begreift, damit aber gerade nicht die heute zunehmend konfliktreich werdende Schnittstelle zwischen nationalstaatlicher Souveränität und suprastaatlichen Institutionen in den Blick bekommt (an der sich die zentralen Konflikte ja gegenwärtig systematisch entzünden, so in der Analyse völlig überzeugend Schäfer und Zürn (2021)).

Damit erweist sich der ‚liberale Demokratie‘-Indikator von V-Dem als spezifisch ungeeignet, eine These wie die von der ‚demokratischen Regression‘ zu belegen, ist doch ein integraler Bestandteil dieser Diagnose die Einsicht, dass es der besondere Liberalisierungsschub ist, der sich u. a. auch an der Delegation genuin politischer Fragen an non-majoritäre und hier insbesondere supranationale Instanzen manifestiert, der zur gegenwärtigen Krise der Demokratie substantiell beigetragen hat (vgl. Schäfer/Zürn 2021).

Das hat auch unmittelbare Konsequenzen für die Frage der Messung selber, denn es zeigt sich, dass der ‚liberal democracy‘-Indikator die konzeptionelle Problematik von V-Dem auf der Messebene wiederholt. Wenn aufgrund der nationalen Perspektivverengung des Demokratieverständnisses bei der Messung systematisch nicht in den Blick kommt, in einem wie starken Maße beispielsweise nationale Verfassungsgerichte durch die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union gegenüber der Politik autonomer geworden sind,<sup>13</sup> dann misst ein Indikator wie *judicial constraints of the executive* immer nur (spätere) nationale Entliberalisierung, aber nie (vorausgegangene) supranationale Liberalisierung.<sup>14</sup> Das macht

---

Eroberung und schließlich Gleichschaltung institutioneller Gegenmächte. Helen Thompson (2022) sieht in dem ersten Impeachment-Verfahren der Demokraten gegen Donald Trump nach der Präsidentschaftswahl von 2016 eine folgenreiche Aufkündigung des demokratischen ‚loser's consent‘. <sup>13</sup> Blickt man etwa auf den Indikator für die Unabhängigkeit der Justiz in Polen, so berichtet das V-Dem-Projekt keinerlei Unterschied zwischen Messungen aus den Jahren 2003 und 2005. Aber mit dem Beitritt zur EU ist bekanntlich auch der Beitritt ins europäische Rechtssystem und damit automatisch auch die Inauguration einer neuen obersten Appellationsinstanz, des EuGH, verbunden. *Uno actu* erhöht sich damit aber auch die Autonomie nationaler Verfassungsgerichte gegenüber (möglicherweise unliebsamen) heimischen politischen Mehrheiten ganz substantiell, denn nun kann ja ein Streitfall immer noch in Luxemburg vorgelegt werden – und wie dort (Europa)Recht ausgelegt wird, wissen alle beteiligten Akteure. Damit aber sind die ansonsten im nationalstaatlichen Rahmen mäßigend wirkenden Anreize zur höchstrichterlichen ‚auto-limitation‘ gegenüber demokratisch legitimierten Mehrheiten deutlich verringert (Vanberg 1998; 2001; Stone Sweet 1992; 2004), ein Umstand, der in den einschlägigen Debatten über die Konflikte zwischen Regierung und Verfassungsgericht in Polen oder Ungarn selten thematisch wird.

<sup>14</sup> Zum globalen Siegeszug der ‚constitutional review‘, insbesondere auch im Zuge der Transformation der osteuropäischen Länder, siehe etwa Ginsburg (2008); Hirschl (2008); Ginsburg/Versteeg (2013). Für Osteuropa aus einer sehr reichhaltigen Literatur siehe u. a. Issacharoff (2011); Tatham (2013); Sadurski (2014).

diese Messung zu einer systematisch verzerrten, und der ‚liberal democracy‘-Indikator erweist sich als ungeeignet, sowohl das Ausmaß der gegenwärtigen Krise der Demokratie zu verstehen, gerade wenn sie sich – wie in Ungarn oder Polen – als Konflikt zwischen Exekutive und (Verfassungs-)Gerichtsbarkeit manifestiert, als auch ihre Ursache.

In diesem Zusammenhang erscheint es von besonderer Ironie, dass in Europa zentrale Konflikte um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zwischen (einigen) EU-Mitgliedsländern und einer Europäischen Kommission ausgetragen werden, die ja selbst noch nicht einmal das demokratische Grunderfordernis einer über Wahlen erfolgenden Besetzung exekutiver Ämter erfüllt. Anders formuliert: Warum verortet das Varieties-of-Democracy-Projekt die EU eigentlich nicht auf seinem *liberal democracy* oder *electoral democracy index*? Und wie würde man dann eine fortschreitende Europäisierung in ihrer Auswirkung auf die Demokratie der Mitgliedsländer bewerten müssen?

Es stellt sich ebenfalls das Problem, dass bei dieser Art der Demokratiemessung wesentlich ‚changes‘, aber nicht ‚levels‘ in den Blick kommen. Konkret gesprochen: Wir haben in Europa eine Reihe von Ländern, die als völlig konsolidierte Demokratien gelten (etwa die Niederlande und die skandinavischen Länder), in denen die Möglichkeiten verfassungsrechtlicher Kontrolle von Parlamentsgesetzen sehr gering entwickelt bzw. gar nicht vorhanden ist (vgl. Wind 2010; Larsen 2021; Lübbecke-Wolff 2021). Zugleich haben viele osteuropäische Länder nach 1990, nicht ohne Einfluss US-amerikanischer oder auch deutscher Verfassungsjuristen und mit Rückendeckung durch europäische Institutionen, mächtige Verfassungsgerichte eingerichtet, die umgehend und mit wenig Rücksicht auf eine ‚political question doctrine‘ sehr aktivistisch agierten. Methodisch bekommt jedoch eine Variable wie JUDICIAL CONSTRAINTS im V-Dem-Projekt die grundlegend unterschiedlichen Ausgangsbedingungen bezüglich der Rolle verfassungsrechtlicher Normenkontrolle in den europäischen Ländern nicht in den Blick, wenn sie Versuche der Beschneidung verfassungsrichterlicher Zuständigkeiten als schwer demokratiegefährdend wertet, zugleich aber das gänzliche Fehlen verfassungsrichterlicher Normenkontrolle für völlig unproblematisch hält.<sup>15</sup>

---

15 Und zudem keinen grundlegenden Unterschied zu machen scheint zwischen einem obersten Gerichtshof, einfach als oberster Instanz in zivilrechtlichen oder verwaltungsrechtlichen Prozessen, oder einem Verfassungsgericht. Kodierer werden im V-Dem-Codebook wie folgt angeleitet: „By ‚high court‘ we are asking you to consider the country’s constitutional court, if one exists. If there is no constitutional court, please consider the court of last resort for constitutional matters. If there is no court in your country with constitutional jurisdiction, please consider the highest ordinary court of the state“ (V-Dem Institute 2022, 167). In den JUDICIAL CONSTRAINTS ON THE EXECUTIVE-Indikator (JUCON) gehen dann die Indikatoren EXECUTIVE RESPECTS CONSTITUTION, COMPLIANCE WITH JUDICIARY,

Hieran zeigt sich nicht zuletzt auch die Problematik eines Demokratieverständnisses, das – obwohl es die Spielarten im Projekttitel trägt – implizit auf *einem* idealen Modell der Demokratie beruht (vgl. Dryzek 2016) und sich konzeptionell nicht in der Lage zeigt, demokratische Systeme – im Plural – als multiple institutionelle Gleichgewichte, oder dann eben Ungleichgewichte, zu verstehen.

## 5 Die Demokratie und ihre Krise

Ob die Demokratie in der Krise ist, und wenn ja, in welcher Hinsicht genau, ist eine Frage, die in einem geringeren Maße geklärt ist, als im öffentlichen Diskurs gemeinhin unterstellt. Die im Wesentlichen auf subjektiven Messungen beruhenden Konzepte einer liberalen Demokratie weisen auch auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene, nicht nur in Fragen der Messpraxis, zu viele Probleme auf, um an ihnen eine solche Krise gesichert ablesen zu können – obwohl gerade der Verweis auf den ‚liberal democracy‘-Indikator des V-Dem-Projekts sich zu einer absoluten Standard-Referenz in der einschlägigen Demokratiekrisenliteratur entwickelt hat. Der Indikator erscheint aufgrund seiner impliziten Annahmen einer für die Demokratie immer guten und nie schlechten Liberalisierung und aufgrund seines Unvermögens, die zunehmend umkämpfte Schnittstelle zwischen nationaler Demokratie und supranationalen Institutionen in den Blick zu bekommen, in einer besonderen Weise ungeeignet, die spezifischen Thesen von Michael Zürn und Armin Schäfer zu den Gründen der demokratischen Regression zu belegen, da ja dort – meines Erachtens sehr überzeugend – gerade auf einen besonderen ‚liberal overstretch‘ hingewiesen wird.

---

COMPLIANCE WITH HIGH COURT, HIGH COURT INDEPENDENCE, LOWER COURT INDEPENDENCE ein, während der JUCON-Indikator als Bestandteil des LIBERAL-COMPONENT-Index eine liberale von einer ‚nur‘ elektoralen Demokratie zu unterscheiden helfen soll (V-Dem Institute 2022, 49). Mit anderen Worten: Wenn es in einem Land kein Verfassungsgericht gibt, aber ein ‚oberstes Gericht‘ (gibt es irgendwo auf der Welt ein Land ohne oberstes Gericht?), werden Länder mit und ohne Verfassungsgericht in diesem Kodierschema als gleich behandelt – es geht jeweils nur darum, wie ‚unabhängig‘ ein solches oberstes Gericht ist. Das ist völlig absurd. Die Unabhängigkeit eines Gerichts *ohne* starke politische Zuständigkeiten ist für die Politik selbstverständlich viel leichter zu respektieren als die Unabhängigkeit eines Gerichts mit sehr starken Normenkontrollkompetenzen (und ihrer dann möglicherweise auch außerordentlich aktivistischen Ausübung, wie im Polen und Ungarn der 1990er Jahre).

## Literatur

- Brennan, Jason. 2017. *Against Democracy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Brown, Wendy. 2015. *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*. Berlin: Suhrkamp.
- Brownlee, Jason und Kenny Miao. 2022. „Why Democracies Survive“. *Journal of Democracy* 33 (4): 133–149.
- Coppedge, Michael, John Gerring, Adam Glynn, Carl Henrik Knutsen, Staffan I. Lindberg, Daniel Pemstein, Brigitte Seim, Svend-Erik Skaaning und Jan Teorell. 2020. „Dimensions and Concepts of Democracy, Chapter 5“. In *Varieties of Democracy: Measuring Two Centuries of Political Change*, hrsg. von Michael Coppedge, John Gerring, Adam Glynn, Carl Henrik Knutsen, Staffan I. Lindberg, Daniel Pemstein, Brigitte Seim, Svend-Erik Skaaning und Jan Teorell, 90–129. New York: Cambridge University Press.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Crouch, Colin. 2021. *Postdemokratie revisited*. Berlin: Suhrkamp.
- Crouch, Colin. 2023. „Post-Democracy and Civil Society“. *Electra* 19 (The State of Democracy): 109–120.
- Crozier, Michel, Samuel P. Huntington und Joji Watanuki. 1975. *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press.
- Diamond, Larry. 2015. „Facing Up to the Democratic Recession“. *Journal of Democracy* 26 (1): 141–155.
- Dryzek, John S. 2016. „Can There Be a Human Right to an Essentially Contested Concept? The Case of Democracy“. *Journal of Politics* 78 (2): 357–367.
- Economist Intelligence Unit, Hrsg. 2022. „Democracy Index 2022. Frontline Democracy and the Battle for Ukraine“. Zuletzt abgerufen am 21. April 2023. [https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2022/?utm\\_source=google&utm\\_medium=paid-search&utm\\_campaign=democracy-index-2022&gclid=CjwKCAjw6IiiBhAOEiwALNqncU41M8tDS62YyWs9nEyX8cSDIZXds37quBKeHtPnvMr7Ogz38KI1vBoCtZ8QAvD\\_BwE](https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2022/?utm_source=google&utm_medium=paid-search&utm_campaign=democracy-index-2022&gclid=CjwKCAjw6IiiBhAOEiwALNqncU41M8tDS62YyWs9nEyX8cSDIZXds37quBKeHtPnvMr7Ogz38KI1vBoCtZ8QAvD_BwE).
- Freedom House, Hrsg. 2019. „Democracy in Retreat. Freedom in the World 2019“. Zuletzt abgerufen am 2. Februar 2023. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/democracy-retreat>.
- Freedom House, Hrsg. 2021. „Democracy under Siege. Freedom in the World 2021“. Zuletzt abgerufen am 2. Februar 2023. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2021/democracy-under-siege>.
- Ginsburg, Tom. 2008. „The Global Spread of Constitutional Review“. In *Oxford Handbook of Law and Politics*, hrsg. von Keith E. Whittington, R. Daniel Kelemen und Gregory A. Caldeira, 81–98. Oxford: Oxford University Press.
- Ginsburg, Tom und Mila Versteeg. 2013. „Why Do Countries Adopt Constitutional Review?“ *The Journal of Law, Economics & Organization* 30 (3): 587–622.
- Guéhenno, Jean Marie. 1998. *Das Ende der Demokratie*. München: Artemis & Winkler.
- Hacking, Ian. 1990. *The Taming of Chance*. New York: Cambridge University Press.
- Hacking, Ian. 1995. „The Looping-Effects of Human Kinds“. In *Causal Cognition: A Multi-Disciplinary Debate*, hrsg. von Dan Sperber, David Premack und Ann James Premack, 351–383. Oxford: Oxford University Press.
- Hacking, Ian. 2002 [1986]. „Making Up People“. In *Historical Ontology*, hrsg. von Ian Hacking, 99–114. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Hacking, Ian. 2004. *Historical Ontology*. Cambridge, MA.: Harvard University Press.
- Haggard, Steven und Robert Kaufman. 2021. *Backsliding: Democratic Regress in the Contemporary World*. New York: Cambridge University Press.



- Hirschl, Ran. 2007. *Towards Juristocracy: The Origins and Consequences of the New Constitutionalism*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Hirschl, Ran. 2008. „The Judicialization of Mega-Politics and the Rise of Political Courts“. *Annual Review of Political Science* 11: 93–118.
- Issacharoff, Samuel. 2011. „Constitutional Courts and Democratic Hedging“. *Georgetown Law Journal* 99 (4): 961–1012.
- Jones, Garrett. 2020. *10% Less Democracy: Why You Should Trust Elites a Little More and the Masses a Little Less*. Stanford: Stanford University Press.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy, Hrsg. 2017. *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press.
- Larsen, Signe Rehling. 2021. „Varieties of Constitutionalism in the European Union“. *Modern Law Review* 84 (3): 477–502.
- Laski, Harold J. 1933. *Democracy in Crisis*. London: The University of North Carolina Press.
- Levitsky, Steven und Lucan Way. 2015. „The Myth of Democratic Recession“. *Journal of Democracy* 26 (1): 45–58.
- Levitsky, Steven und Daniel Ziblatt. 2018. *How Democracies Die: What History Reveals about Our Future*. New York: Viking.
- Little, Andrew T. und Ann Meng. 2023. „Subjective and Objective Measurement of Democratic Backsliding“. Manuskript.
- Lübbe-Wolff, Gertrude. 2021. *Beratungskulturen. Wie Verfassungsgerichte arbeiten, und wovon es abhängt, ob sie integrieren oder polarisieren*. Berlin: Konrad Adenauer Stiftung.
- Macpherson, C. B. 1965. *The Real World of Democracy*. Toronto: Anansi.
- Manow, Philip. 2020. *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Mor, Shany. 2019. „Demokratie verstehen“. *Merkur – Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken* 73 (846): 67–77.
- Mudde, Cas. 2015. „The Problem with Populism“. *The Guardian*, 17. Februar 2015. Zuletzt abgerufen am 2. Februar 2023. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2015/feb/17/problem-populism-syriza-podemos-dark-side-europe>.
- Mudde, Cas. 2018. „How Populism Became the Concept That Defines Our Age“. *The Guardian*, 22. November 2018. Zuletzt abgerufen am 2. Februar 2023. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/nov/22/populism-concept-defines-our-age>.
- Mudde, Cas und Cristóbal Rovira Kaltwasser. 2017. *Populism. A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Müller, Jan-Werner. 2017. *What Is Populism?* London: Penguin.
- Przeworski, Adam. 2019. *Crises of Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Revel, Jean-Francois. 1983. *Comment les démocraties finissent*. Paris: Grasset.
- Reybrouck, David Van. 2017. *Against Elections. The Case for Democracy*. London: Random House UK.
- Runciman, David. 2015. *The Confidence Trap. A History of Democracy in Crisis from World War I to the Present*. 2. Aufl. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Runciman, David. 2018. *How Democracy Ends*. London: Profile Books.
- Sadurski, Wojciech. 2014. *Rights Before Courts. A Study of Constitutional Courts in Postcommunist States of Central and Eastern Europe*. Berlin: Springer.
- Schäfer, Armin und Michael Zürn. 2021. *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp.
- Stiegler, Barbara und Christophe Pébarthe. 2023. „Democracy and Neoliberalism“. *Electra* 19 (The State of Democracy): 123–133.

- Stone Sweet, Alec. 1992. *The Birth of Judicial Politics in France: The Constitutional Council in Comparative Perspective*. New York: Oxford University Press.
- Stone Sweet, Alec. 2004. *The Judicial Construction of Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Streeck, Wolfgang. 2021. *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Sunstein, Cass R., Hrsg. 2018. *Can It Happen Here? Authoritarianism in America*. New York: HarperCollins.
- Taguieff, Pierre-André. 1995. „Political Science Confronts Populism: From a Conceptual Mirage to a Real Problem“. *Telos* 103: 9–43.
- Tatham, Allan F. 2013. *Central European Constitutional Courts in the Face of EU-Membership. The Influence of the German Model in Hungary and Poland*. Boston/Leiden: Martinus Nijhoff.
- Tuck, Richard. 2020. *The Left Case for Brexit. Reflections on the Current Crisis*. Cambridge: Polity Press.
- V-Dem Institute, Hrsg. 2020. „Autocratization Surges – Resistance Grows. Democracy Report 2020“. Zuletzt abgerufen am 2. Februar 2023. [https://v-dem.net/documents/14/dr\\_2020\\_dqumD5e.pdf](https://v-dem.net/documents/14/dr_2020_dqumD5e.pdf).
- V-Dem Institute, Hrsg. 2021. „Autocratization turns viral. Democracy Report 2021“. Zuletzt abgerufen am 2. Februar 2023. [https://www.v-dem.net/documents/12/dr\\_2021.pdf](https://www.v-dem.net/documents/12/dr_2021.pdf).
- V-Dem Institute, Hrsg. 2022. „V-Dem Codebook“. Zuletzt abgerufen am 2. Februar 2023. <https://v-dem.net/documents/1/codebookv12.pdf>.
- Vanberg, Georg. 1998. „Abstract Judicial Review, Legislative Bargaining, and Policy Compromise“. *Journal of Theoretical Politics* 10 (3): 299–326.
- Vanberg, Georg. 2001. „Legislative-Judicial Relations: A Game-Theoretic Approach to Constitutional Review“. *American Journal of Political Science* 45 (2): 346–361.
- Waldron, Jeremy. 2006. „The Core of the Case against Judicial Review“. *The Yale Law Journal* 115 (6): 1346–1406.
- Weyland, Kurt. 2020. „Populism’s Threat to Democracy: Comparative Lessons for the United States“. *Perspectives on Politics* 18 (2): 389–406.
- Wind, Marlene. 2010. „The Nordics, the EU and the Reluctance Towards Supranational Judicial Review“. *Journal of Common Market Studies* 48 (4): 1039–1063.
- Wolkenstein, Fabio. 2022. „What Is Democratic Backsliding?“ *Constellations*: 1–15.
- Wuttke, Alexander, Konstantin Gavras und Harald Schoen. 2022. „Have Europeans Grown Tired of Democracy? New Evidence from Eighteen Consolidated Democracies, 1981–2018“. *British Journal of Political Science* 52 (1): 416–428.